

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veränderungen nehmen die Postämter und die Anzeigen-Verwaltungen entgegen. - Erhalten wertvoll. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Angabenpreise für Anzeigen aus dem Erzgebirge für den Monat Juli 1923. Preisliste für Anzeigen aus dem Erzgebirge für den Monat Juli 1923. Preisliste für Anzeigen aus dem Erzgebirge für den Monat Juli 1923.

Kollegium: Engelbert Kumpfmeyer. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1044

Nr. 296

Freitag, den 21. Dezember 1923

18. Jahrgang

### Rentenmark-Reichswchsel.

Um eine kurzfristige Anleihe von Rentenmarkbeständen zu ermöglichen, werden voranschläglich vom 22. Dezember ab durch die Reichsfinanzverwaltung an Banken, Bankiers, Girozentralen, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Handels- und Industrieunternehmen und landwirtschaftliche Verbände auf Rentenmark lautende Wechsel des Reiches abgegeben. Die Wechsel, die in Abschnitten zu 5000 und 10000 Rentenmark ausgefertigt werden und eine Laufzeit zwischen 14 Tagen und 3 Monaten haben, können jederzeit durch sämtliche Reichsbankanstalten gebührenfrei bezogen werden.

In Berlin, wo die Ausgabe durch die Schatzamtsverwaltungsabteilung der Reichshauptbank, Hausvogteiplatz 1, stattfindet, sind auch Wechsel mit einer Laufzeit von mindestens 8 Tagen erhältlich. Die Fälligkeitstermine sind der 10., 20. und letzte des Monats. Die Wechsel werden von der Reichsschuldenverwaltung ausgefertigt, sind mit zwei Unterschriften versehen und werden beim Kauf durch die abgebende Stelle auf den Erwerber gestellt.

Bei der in Rentenmark zu leistenden Einzahlung werden Zinsen vom Tage der Einzahlung bis zum Fälligkeitstage im Voraus vergütet. Die Zinssätze bewegen sich je nach der Länge der Laufzeit und der Höhe der Beiträge zwischen 8 und 12 Prozent. Banken, Girozentralen, Sparkassen und Kreditgenossenschaften erhalten eine besondere Provision von ein bis zwei Prozent. Die Wechsel werden nach Fälligkeit auf sämtliche Steuern und Abgaben in Zahlung genommen, soweit der zu zahlende Betrag nicht geringer ist als die Wechselsumme. Die Einziehung fälliger Wechsel erfolgt kostenlos in Berlin durch die Staatsschuldentilgungskasse, auswärts durch die Reichsbankanstalten. Näheres ist bei den Reichsbankanstalten zu erfahren.

### Die Rentenmark in der Schweiz.

Die Deutsche Rentenbank teilt mit: In einigen deutschen Blättern fand sich in diesen Tagen eine Meldung aus Zürich, wonach die Rentenmark dort mit 1,10 Fr., also (unter Annahme des gegenwärtigen Standes des Schweizer Franken) mit rund 79 Goldpfennigen, gehandelt wurde, was einer Disparität von 21 Prozent gleichkäme. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß am 14. Dezember telegraphisch in Zürich gegebene Kaufaufträge für Rentenmark zu 1,15 und 1,20 Franken unausführbar waren; es wurde vielmehr freibleibend für kleine Mengen ein Kurs von 1,30 bis 1,45 genannt. Daraus ergibt sich, daß die Rentenmark tatsächlich in Zürich zum vollen Goldwert, ja sogar darüber hinaus gehandelt wird.

### Die steuerpolitischen Richtlinien der Landwirtschaft.

Der Reichslandbund und der Deutsche Bauernverein stellen für die Steuerlegislation in einer Eingabe an das Reichskabinett Richtlinien auf, in denen gefordert wird: Die kommenden Steuerarbeiten sind vom Standpunkt der Gesamtwirkung auf die Wirtschaft und im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu bewerkstelligen. Erlasse von Einzelgesetzen müssen unterbleiben. Zweitens wird gefordert eine stärkere und umfassendere Mitwirkung der wirtschaftlichen Organisationen. Was den Gewerkschaften recht sei, sei den wirtschaftlichen Organisationen billig. Weiter wird gefordert: Zentralisation der Steuern, Wiederherstellung der Steuerhoheit und Selbständigkeit der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Den Ländern und Kommunen sind wieder bestimmte Steuern in eigene Verwaltung und Verantwortung zu geben. Das neue Steuerprogramm muß eine scharfe grundsätzliche Abgrenzung darüber enthalten, welche Steuern dem Reich, den Ländern und den Kommunen als Lebensquelle zu dienen bestimmt sind. Bevor der Landwirtschaft neue schwere Steuern auferlegt werden, müsse mit den bescheidenen Vertretern der Landwirtschaft in eine genaue Prüfung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft einerseits und der gesamten Steuerlast andererseits eingetreten werden.

In weiten Kreisen der Landwirtschaft ist die Ueberzeugung verbreitet, daß eine derartige Prüfung nicht stattgefunden hat und auch nicht beabsichtigt ist. Der Reinertrag der Landwirtschaft hat einen Rückgang erlitten, so daß bis auf dem Wirtschaftsjahr 1923/24 ruhende Gesamtbelastung einen Teil des Bruttoertrages ausmacht der weit über den Friedensreinertrag hinausgeht. Daß dies undenkbar Zustände sind, gegen welche die Landwirtschaft sich mit vollem Recht zur Wehr setzen wird, dürfte einleuchten. Die Unterzeichneten warnen daher in letzter Stunde vor einer Ueberspannung der Steuerlegislation, die die Landwirtschaft und damit den letzten Halt des deutschen Volkes zugrunde richten müßte.

### Wichtige Sitzung der Reparationskommission.

Wird das Prioritätsrecht fallen? Die Erledigung des heute von der Reparationskommission zu behandelnden deutschen Antrages über

den amerikanischen Lebensmittelkredit macht offenbar allen beteiligten Vertretern erhebliche Schwierigkeiten.

Vor allem werden juristische Bedenken von allen Delegierten hinsichtlich der Priorität dieses Kredites ausgesprochen. Ferner glaubt man, daß die deutsche Landwirtschaft noch viel mehr Vorräte zur Ernährung des Volkes zur Verfügung stellen könnte.

Es hängt jetzt offenbar alles von dem Druck Amerikas ab. Den Amerika durch seinen Beobachter Logan in der Sitzung zugunsten des deutschen Antrages auszusprechen wird. Man spricht davon, daß die Bewilligung des Kredites sich vielleicht unter der Zusage der Verpfändung des deutschen Auslandsbesitzes oder ähnlicher Garantien wird ermöglichen lassen.

### Eine neue Abrüstungskonferenz.

Auffahrt und U-Boote.

„New York Herald“ meldet aus Washington: Mehrfach werden die republikanischen Mitglieder der Marineauschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses Präsident Coolidge als Ergebnis ihrer zurzeit schwebenden Beratungen vorschlagen, eine neue Abrüstungskonferenz einzuberufen, die sich insbesondere mit der Auffahrt und den U-Booten zu befassen hätte. Doch werden die in Betracht kommenden Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses nichts unternehmen, ehe Präsident Coolidge seine Zustimmung erklärt hat. Ihre Vorschläge könnten möglicherweise dadurch feste Gestalt annehmen, daß die im letzten Marinehaushalt festgelegten Vollmachten geltend gemacht würden, die Maßregeln für eine weitere Herabsetzung der Rüstungen vorsehen.

Der „New York Herald“, der die Durchführung eines solchen Programms bei englischer Unterstützung für gesichert hält, hat eine Anfrage in französischen Kreisen über eine entsprechende Initiative veranlaßt und sich unter anderem am Quai d'Orsay erklären lassen, die französische Regierung sei grundsätzlich zu einer solchen Konferenz bereit, doch erforderten gewisse Einzelheiten natürlich eine genaue Nachprüfung. Frankreich könnte nicht mit verbundenen Augen zu einer Konferenz gehen, die auf seine Sicherheit oder auf seine Stellung in den Kolonien von Einfluß wäre. Die französische Regierung so führt das Blatt fort, habe es mit der Konferenz deshalb nicht eilig, weil diese möglicherweise neue Konflikte hervorrufen würde, welche die Enquete der von der Reparationskommission einzusetzenden Sachverständigenausschüsse durchkreuzen könnten.

### Um die Sachverständigenkonferenz.

Die von dem englischen Delegierten bei der Reparationskommission Sir John Bradburn als englische Sachverständige für die beiden Unterausschüsse vorgeschlagenen Persönlichkeiten, nämlich der Gouverneur der Bank von England Montagu Norman, der ehemalige Schatzkanzler Mac Kenna und der Wirtschaftssachverständige Joshua Stamp, sind offiziell von den Mitgliedern der Reparationskommission bereits gebilligt. Die Einladungen an sie sowie an die von den anderen Ländern vorgeschlagenen Sachverständigen werden in kurzer Zeit ergehen.

Es heißt, daß die Untersuchungskommission zur Feststellung der deutschen Zahlungsverhältnisse am 4. Januar zum ersten Male zusammenzutreten soll.

### Ausgewiesene, die zurückkehren.

Die Oberpostdirektion Dortmund teilt mit: Drei ausgewiesene Postbeamte haben wegen Zurücknahme des Ausweisungsbefehles durch die Befugnisbehörde in das belegte Gebiet zurückkehren dürfen. In den nächsten Tagen werden weitere Postbeamte zurückkehren.

### Arbeiterentlassung wegen Ablehnung der Lohnstundensicht.

Wie den Blättern aus Duisburg berichtet wird, haben die Kohlewärter in Rheinhafen sämtliche Arbeiter entlassen weil sie die Lohnstundensicht ablehnten. Es werden nur Notstandsarbeiten verrichtet.

### General de Weh bekämpft Farbs.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, hat sich General de Weh in Gesprächen mit Privatleuten in der letzten Zeit dahin geäußert, daß er in Paris sein Wort für die Durchführung der französischen Währungsreform, mit der er steht und fällt, verstanden habe. Er sei entschlossen, seine schwebende Hand so lange über die Separatisten der Pfalz zu halten, bis die Pfalz müde und bereit sei, auf seine Pläne einzugehen.

### Frankreich-belgischer Wirtschaftsvertrag.

Thunis und Jaspas stellen die Vertrauensfrage. Der Entwurf zu einem französisch-belgischen Wirtschaftsvertrag hat in parlamentarischen Kreisen lebhaften Kritik hervorgerufen. Die Sozialisten haben beschlossene Fassung zu stimmen, und auch bei den Liberalen sind

bei den Katholiken jetzt sich bereits Widerstand gegen den Vertrag. Da die Wirklichkeit eines Mißerfolges nicht ausgeschlossen erscheint, haben Thunis und Jaspas in der Kammer die Vertrauensfrage gestellt. Am Mittwoch vormittag hatten die beiden Minister nähere Darlegungen gegeben, und zwar gab Thunis Auskunft über die notwendigen zahlenmäßigen und statistischen Fragen, Jaspas behandelte die politische Frage. Er hat die gemeinsamen Konzessionen dargelegt und erklärt, daß das Abkommen nur auf einhalb Jahre abgeschlossen werden sollte, und erklärt weiter, daß die Veränderung des Abkommens eine Demission des Kabinetts mit sich führen würde.

### Aus Mexiko.

Wie dem mexikanischen Generalkonsulat aus Veracruz gemeldet wird, ist General Huajala, der Gouverneur des Staates Michoacan, der bisher der alten Regierung treu geblieben war, zu den Aufständischen übergegangen. Infolgedessen beherrschen jetzt die Aufständischen den größten Teil der Küste des Stillen Ozeans. In der Hauptstadt wurden gegen die Regierung Obregon große Kundgebungen veranstaltet. Auch ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen, da infolge der teilweise abgeschnittenen Zufuhr sich bereits Knappheit an Lebensmitteln fühlbar macht.

### Kleine politische Meldungen.

Abbau im Reichswirtschaftsrat. In den Sparmaßnahmen, die von der Regierung in Aussicht genommen und mit dem Beamtenabbau in die Wege geleitet worden sind, wird auch der Abbau des Reichswirtschaftsrates gehören. Es ist beabsichtigt, die Zahl der Mitglieder des Reichswirtschaftsrates um die Hälfte zu verringern. Das Volkswirtschaftsamt schreibt hierzu, daß ein Abbau stattfinden werde, daß aber nichts darüber bekannt sei, ob es sich hierbei gerade um eine Herabsetzung der Mitglieder handele.

Verbilligung der Rechtspflege. Der 1. Ver. Aussch. des Reichstages besprach die Vereinfachungsverordnung der Straf-, Rechtspflege, die die Reichsregierung auf Grund des Erntungsabganges zu erlassen beabsichtigt. So soll u. a. die Zuständigkeit des Einzelrichters erheblich erweitert werden. Die erstinstanzliche Zuständigkeit der Strafammer wird beibehalten. Die Zahl der Geschworenen wird auf 7 verringert. Die Zuständigkeit des Schwurgerichtes wird zugunsten des Schöffengerichtes eingeschränkt. In Vereinfachungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Verfahrens sind hervorzuheben: Einschränkung des Verfolgungszwanges, Erleichterungen der schriftlichen Urteilsbegründung und Beschränkung der Rechtsmittel. Mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage soll für die Uebergangszeit von zwei bis drei Monaten u. a. auf die Mitwirkung von Schöffen und den Zusammentritt von Schwurgerichten verzichtet werden. Der Aussch. stimmt den vorgeschlagenen Einschränkungen des Verfolgungszwanges für nicht wünschenswert. Für die Uebergangszeit auf die Mitwirkung von Schöffen und den Zusammentritt von Schwurgerichten zu verzichten, trat der Aussch. bei.

Auflösung des Bayerischen Landtages? Bei Beginn der gestrigen Landtagssitzung lag eine große Anzahl von Anträgen aller Parteien auf Auflösung des Landtages und von demokratischer und sozialdemokratischer Seite auf Aufhebung des Ausnahmezustandes im Falle von Neuwahlen und von verschiedenen Seiten auf Aenderung des Wahlgesetzes und Vereinfachung und Herabsetzung der Abgeordnetenzahl, welche nach einem Antrag der Mittelpartei auf mindestens ein Drittel, nach einem sozialistischen Antrag um die Hälfte vermindert werden soll, ferner auf Abänderung der Verfassung bezüglich der nötigen Stimmzahl für Verfassungsänderungen vor. Es entspann sich, nachdem von demokratischer und sozialdemokratischer Seite beantragt worden war, diese Anträge den zuständigen Ausschüssen zu überweisen, eine lange und zum Teil sehr lebhaft geführte Debatte. Die Bayerische Volkspartei trägt für die sofortige Beschlußfassung des Plenums über die Anträge ein, während die Mittelpartei ihre Bereitwilligkeit zu Ausschlußberatungen für einen Teil der Anträge erklärte. Die Bayerische Volkspartei und die Mittelpartei haben während der Debatte hervor, daß keine Aufhebung des Ausnahmezustandes, sondern nur Sicherheiten für die Wahlfreiheit notwendig seien. Unter dem Ausnahmezustand sei diese Sicherheit sogar mehr vorhanden.

Der „Tag“ schreibt, daß infolge der parlamentarischen Vorgänge in Sachen und Bayern eine Dinauschiebung von Neuwahlen im Reich kaum möglich sein wird.

Der Antrag auf Auflösung des Landtages wurde, wie noch mitgeteilt wird, zurückgestellt bis nach Erledigung der hierzu vorliegenden Ergänzungsanträge. Ein Antrag auf sofortige Verringerung der Zahl der Ministerien von 8 auf 5 sowie ein weiterer Antrag auf Abänderung des Landeswahlgesetzes wurde angenommen.

Bereitete Antrag auf Ruhe. An die Volkswirtschaftsamt in München gelangten kürzlich Mitteilungen über ein geplantes Antrag auf den Generalstaatskommissar v. Raab. Die sofort eingeleiteten Erhebungen führen zur Festnahme des

Wochen. 108  
Berlin 1022  
1923 an  
um Frauen,  
Kinnen und  
en sind, hat  
Rücklicht auf  
aben.  
is lebt 207  
führungs-  
te in einer  
er Stabine  
elkrieg, als  
armen. Eng-  
Brenzen ste-  
igung  
0 Uhr  
ungsbüh-  
der Handels-  
nden Sie  
n 4 95  
0 65  
1 35  
1 95  
3 20  
31.  
23. Dez.  
chlossen.  
eressanten  
Ausstattung  
gland  
erstklassige  
Charles  
-Tietz,  
1. - 207  
1.50 207  
1.20 207  
Rouladen  
Milmann  
St. 11.  
en  
Warten,  
Postenjob  
abteilung  
11straße 10.  
illet  
11.

lebigen Schauspielers Hans Barthel, gebürtig aus Sachsen. Barthel, der die Wüste zugab, den Generalstaatskommissar zu erschleichen und zu dem beabsichtigten Zweck auch bereits Erkundigungen eingeleitet hatte, wurde dem Vericht übergeben.

**Zur Schweizer Jönensfrage.** Zu Ehren des neugewählten Schweizer Präsidenten, des Bundesrats und der beiden Kammerpräsidenten, fand in Bern ein Bankett statt, bei dem Alt-Bundespräsident Ador das Wort ergriff und zur Jönensfrage erklärte, das einseitige Vorgehen Frankreichs sei nichts anderes als ein Bruch des der Schweiz gegebenen Ehrenwortes-Frankreich schulde der Schweiz Genugtuung.

**Das griechische Königspaar auf der Reise nach Rumänien.** Der König und die Königin von Griechenland sind vorgestern an Bord des Dampfers „Daphni“ vom Vikos aus abgereist. Im Augenblick der Abfahrt wurde der König vom Ministerpräsidenten begrüßt; die Hafenbatterie gab einen Ehrensalut von 21 Schuß ab. Die Regierung hat die diplomatischen ausländischen Vertreter amtlich in Kenntnis gesetzt, daß der König und die Königin zeitweilig nach Rumänien gereist sind, bis die verfassunggebende Versammlung die Frage der Regierungsform geregelt hat. — Amtlich wird ein Dekret veröffentlicht, in dem die Regierung Admiral Konduriotis übertrug wird. Nach dem „Petit Parisien“ will Benizelos augenblicklich nicht nach Griechenland zurückkehren, er bestrachte seine politische Karriere als beendet.

**Nachspiel zum Vorfalle von Janina.** Gegen den Oberst Bogaris, der seinerzeit in einem Teil der italienischen Presse beschuldigt wurde, das Attentat gegen den Oberst Tellini organisiert und so den Janinaer Zwischenfall heraufbeschworen zu haben, wurde auf der Strafe von Janina ein Anschlag versucht. In einem offiziellen Bericht darüber wird mitgeteilt, daß Bogaris, als er mit einem anderen griechischen Offizier nach Janina zurückkehrte, von Bauern benachrichtigt wurde, daß auf ihn ein Ueberfall geplant werde. Der Oberst und die ihn begleitenden Soldaten verließen darauf ihr Automobil und fanden in einiger Entfernung einen Baumstamm quer über die Straße liegen, der mit Steinen beschwert war. Von den Attentätern hat man bis jetzt noch keine Spur.

**Englisches Ultimatum an Afghanistan.** Nach einer der russischen Regierung zugegangenen Mitteilung, deren Authentizität nicht bezweifelt werden kann, hat der englische Gesandte in Kabul an die afghanische Regierung ein Ultimatum gerichtet, das mit der Forderung einer reiflichen Unterwerfung Afghanistans gleichbedeutend ist. Die englische Note verlangt von der afghanischen Regierung neuerdings den Abbruch sämtlicher Beziehungen zu Sowjetrußland. Der englische Vertreter hat bei Ueberreichung seines Ultimatus erklärt, England werde auch eine militärische Aktion nicht scheuen, wenn die afghanische Regierung das Ultimatum ablehnen sollte. Um seine Worte zu bekräftigen, wies er darauf hin, daß die englischen Truppen an der afghanischen Grenze zum Einmarsch bereitstehen und daß in den letzten Tagen nicht weniger als 74 englische Flugzeuge nach den Grenzgebieten gedrückt worden sind. Anlaß zu dem Ultimatum gibt der englischen Regierung die kürzlich erfolgte Ermordung einiger Engländer an der afghanisch-indischen Grenze.

**Sowjetpropaganda in den Vereinigten Staaten.** Im Anschluß an die Erklärung des Staatssekretärs Hughes, mit Rußland nicht verhandeln zu wollen, hat das Staatsdepartement aufgefangene Instruktionen der Sowjetregierung an die „Arbeiterpartei“ Amerikas veröffentlicht, die ausführliche Pläne für eine Revolution des Proletariats in den Vereinigten Staaten enthalten mit dem Ziel, die rote Fahne auf dem Weissen Hause zu hissen. Das Justizdepartement hat dem Staatsdepartement die Verifikation gegeben, daß die Instruktionen authentisch seien. Ein Teil dieses Programmes bezieht sich auf die Organisation von Kampfeinheiten, die einmal in der Woche Schießunterricht und Unterweisung in Montierung erhalten müßten. In dem Dokumenten heißt es u. a.: „Wir sind fest überzeugt, daß die Arbeit in der von uns angegebenen Richtung ungeheure Ergebnisse zeitigen wird im Sinne der Vorbereitung tausender neuer Propagandisten und künftiger Führer der Weltrevolution der Arbeiter.“

Die Veröffentlichung der Dokumente bezweckt, den Beweis zu erbringen, daß die Erklärung des Staatssekretärs Hughes, die russische Propaganda in den Vereinigten Staaten banne an, durchaus begründet ist.

## Von Stadt und Land.

Kas, 21. Dezember.

### Noch keine Aufhebung des Belagerungszustandes.

Der „Vorwärts“ läßt sich aus Dresden berichten: Reichswehrminister Dr. Gehler hat am Mittwoch seinen angekündigten Besuch in Dresden ausgeführt. Es verlautet, daß das Ergebnis seiner Unterredung mit dem Wehrkreiskommandeur Müller, dem Ministerpräsidenten Belski und dem Zivilkommissar Meier die baldige Aufhebung des Belagerungszustandes sein wird. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit der Aufhebung bereits in der ersten Januarhälfte.

Zu dieser Meldung des „Vorwärts“ aus Dresden erfährt man von unterrichteter Seite, daß diese Nachricht nicht zutrifft. Vielmehr hat Reichswehrminister Dr. Gehler den Eindruck gewonnen, daß

die Vorbedingungen zur Aufhebung des Belagerungszustandes zurzeit noch nicht gegeben sind, daher auch vorläufig nicht damit gerechnet werden kann, daß der Ausnahmezustand in Sachsen beseitigt wird.

### Liebmann an den Reichswehrminister.

Der sächsische Minister des Innern Liebmann hat wie die „S. N. N.“ schreiben, an den Reichswehrminister Dr. Gehler folgendes Schreiben gerichtet:

Dresden, 20. Dezember 1923.

An den Herrn Reichswehrminister Gehler.

Bei der Beratung im Rechtsauschuß des Reichstages über die Eingriffe des Generals Müller in das Gemeindegewaltrecht in Sachsen hat nach Stellungsmeldungen das Reichswehrministerium erklärt:

„1. Das Verbot der Aufstellung kommunistischer Wahlvorschläge wurde dadurch veranlaßt, daß die sächsische Landesregierung gegen die Nationalsozialistische Partei Maßnahmen ergriffen hatte, die auf ein Verbot der Aufstellung von Wahlvorschlägen hinausliefen.“

2. Nachdem die sächsische Regierung erklärt hat, daß sie der Aufstellung von nationalsozialistischen Wahlvorschlägen keine Hindernisse in den Weg legen will, ist die unmittelbare Veranlassung für das Verbot fortzufallen.“

Ich gestatte mir, Sie, Herr Reichswehrminister, darauf aufmerksam zu machen, daß, falls diese Stellungsmeldungen den Tatsachen entsprechen, die Erklärungen, die das Reichswehrministerium im Rechtsauschuß des Reichstages abgegeben hat, auf Unwahrheit beruhen. Die sächsische Regierung hat niemals daran gedacht, bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen irgendwelche Maßnahmen gegen die Nationalsozialistische Partei zu ergreifen. Da sie niemals ein Verbot der Wahlvorschläge der Nationalsozialistischen Partei erlassen hat, war sie auch niemals in der Lage zu erklären, daß sie der Aufstellung von nationalsozialistischen Wahlvorschlägen kein Hindernis in den Weg legen will. Das sind die Tatsachen. Wer das Gegenteil behauptet, lügt.

Indem ich Sie, Herr Reichswehrminister, auf diese Tatsache aufmerksam mache, hoffe ich, Ihnen einen Dienst erwiesen zu haben und zehne

mit vorzüglicher Hochachtung

Liebmann, sächsischer Minister des Innern.

Zu diesem Briefe, der der Presse mitgeteilt wurde, ehe der Adressat ihn in den Händen hielt, hat die sächsische Regierung eine Korrektur nachgeschickt: Zunächst sollen die Sätze: „Die sächsische Regierung hat niemals daran gedacht usw.“ bis, wer der Gegenteil behauptet, lügt“ aus dem Textbrot in den Konjunktiv umgewandelt werden. Sodann muß der Satz: „Wer das Gegenteil behauptet, lügt“, nunmehr heißen: „Wer das Gegenteil behauptet, setzt sich mit der Wahrheit in Widerspruch.“

**Bekanntmachung des Wehrkreiskommandos.** Nachstehende Verordnung des Generals v. Seckt wird vom Wehrkreiskommando in Dresden zur Kenntnis gebracht:

„Meine Verordnung vom 20. Nov. 1923 über das Verbot der Organisationen der KPD. ist dahin zu ergänzen, daß zu den in Paragraph 1 verbotenen und aufgelösten Organisationen hinzuzufügen ist: „Alle Organisationen und Einrichtungen der Roken, Gewerkschaftsinternationale.“ (S. 2) v. Seckt.“

**Die Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten gescheitert.** Vom Landesauschuß der SPD wird festgestellt, daß die Verhandlungen mit den Kommunisten gescheitert sind, weil die Kommunisten unmäßliche Forderungen an die Sozialdemokraten gestellt haben. S. D. hätten die Kommunisten die Bewaffnung der Arbeiterschaft und Straßendemonstrationen gegen die Militärverwaltung gefordert, was angedroht der gegebenen Nachverhältnisse zu einer schweren Niederlage der Arbeiterschaft hätte führen müssen. Die Kommunisten hätten sich bereits vor den Verhandlungen auf Resolutionen des Landtages festgelegt. Die Unterhändler der Sozialdemokraten hätten versucht, den Kommunisten klar zu machen, daß in einem Wahlkampf eventuell die proletarische Mehrheit in Sachsen verloren gehen könnte. Nach dem Scheitern der Verhandlungen befaßte sich die Landtagsfraktion der SPD, mit der Lage und beschloß eine Kommission von drei Mann zu den Demokraten zu schicken, um festzustellen, unter welchen Bedingungen eine Zusammenarbeit möglich sein würde. Die oppositionelle Minderheit der Landtagsfraktion befaßt sich die Entscheidung einer solchen Kommission und trat für Auflösung des Landtages ein. Entscheidungen stehen bisher noch aus.

**Die Arbeitspflicht der Erwerbslosen,** die nach Paragraph 9 Absatz 2 der Reichsverordnung vom 10. Oktober 1923 die Voraussetzung von Gewährung von Arbeitslosenunterstützung bildet, ist in einem Teil der Presse, in Versammlungen und bei anderen Gelegenheiten Einwendungen, mehrfach auch scharfen Angriffen ausgesetzt ist, die, soweit sie nicht auf grundsätzlicher Gegnerschaft zur Arbeitspflicht beruhen, auf unzulässige Vermutungen über falsche Voraussetzungen zurückzuführen sind. Wenn bei solchen Gelegenheiten u. a. gefordert wird, daß die Arbeitsleistungen nur im Rahmen des physisch Durchführbaren liegen, auf keinen Fall den Gegenwert der geleisteten Unterstützung überschreiten und Pflichten arbeiten nur im Interesse des Gemeinwohles unter vollständiger Ausschaltung von Privatinteressen ausgeübt, und daß ferner weder die Höhe noch die Arbeitsstellen der Berufslosler gefördert werden dürfen, so sind das Selbstverständliche, ferner und es liegt kein Grund vor, deren strengste Beachtung durch die partiell zusammengestellten Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise anzuzweifelnd. Ebenso selbstverständlich ist es, daß bei der Heranziehung Erwerbsloser zur Leistung von Pflichtarbeit der körperliche Zustand sowie die Ernährungs- und Bekleidungsverhältnisse des Pflichtarbeiters berücksichtigt werden müssen. Ganz ist allerdings die Auffassung, daß als Arbeiten mit gemeinnützigem Charakter nur Notarbeiten im engeren Sinne des Wortes angesehen werden. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß bei der großen Zahl der Erwerbslosen zuweilen ein Einzelner ein ihm nicht geeignet erscheinende Beschäftigung angeteilt erhält. Jeder solche Fall wird bei genügender Begründung bereits durch den Leiter des Arbeitsnachweises, nötigenfalls durch den Verwaltungsausschuß, ohne Schwierigkeiten zu ordnen sein. Die Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise werden, wie bei allen ihren Aufgaben, insbesondere bei der Durchführung der Arbeitspflicht unbeeinträchtigt und mit größter Sachlichkeit und Unparteilichkeit zu verfahren haben. Jedenfalls sind dem Landesausschuß für Arbeitsvermittlung, als der sachlichen Aufsichtsstelle, Beschwerden der genannten Art die in der Presse bekannt gewordenen Angriffe gegen die Arbeitspflicht rechtzeitig zu berichten, bisher nicht zugegangen (Sächs. Staatszeitung).

**1924 keine Masken und Kostümbälle.** Das sächsische Ministerium des Innern hat folgende Verordnung erlassen: „Mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage und die Not der überwiegenden Mehrheit des gesamten Volkes wird die Abhaltung von öffentlichen und nichtöffentlichen Masken- und Kostümbällen, sowie alle Veranstaltungen ähnlicher Art für das Jahr 1924 verboten. Zuwiderhandlungen werden nach Paragraph 14 der Verordnung über Langvergehungen vom 8. Juli 1922 (S. 245) bestraft.“

## Carsten Curator.

Novelle von Theodor Storm.  
(2. Fortsetzung.)

In dem kleinen Hofe hinter dem Hause an der Zwote stand außer dem Kirchbaum, für den die Kinder einst die Reize stießen, an der Längsseite eines schmalen Blechpflanzens ein mächtiger Birnenbaum, der die Freude der Nachbarkinder und zugleich eine Art Familienheiligtum war; denn der Großvater des jetzigen Besitzers hatte ihn gepflanzt, der Vater selbst in seiner Lehnzeit ihn aus den in der Stadt beliebtesten Sorten mit drei verschiedenen Reifern gepflanzt die jetzt zu vielverzweigten Ästen aufgewachsen, je nach der ihnen eigenen Zeit eine Fülle faktischer Früchte reiften. Was davon mit der Brunnenstange zu erreichen war, das pflückte freilich nicht ins Haus zu kommen; sonst hätten die Kinder bei Jungfer Anna nicht so freien Anlauf haben müssen. So aber, wenn von den nach Westen anliegenden Höfen aus die Nachbarn ein herzliches Mädchenlachen hörten, wußten sie auch schon, daß Anna an dem Baum zu Gange war, und daß die junge Brut sich auf dem Rasen um die herabgeschlagenen Äste salzte.

Nach jetzt, als sie vom Rathaus kommend ins Haus treten wollte, hatte Anna ein solches Nachbarspummelchen sich aufgesackt. Im Hofe, einem kühlen, mit Bliesen ausgelegten Raume hinter dem Hausflur, legte sie Out und Tuch ab und trat dann, das Kind rittlings vor sich auf den Armen haltend, durch die von hier nach dem Hofe führende Tür in den Schatten des mächtigen Baumes.

„Siehst du, Lecke,“ sagte sie, „da oben liegt die Kay; die möchte auch die schöne, gelbe Birne haben! Über wart“ nur, ich will die Stange holen.“

Als sie sich aber hierauf dem hinter der Hoftür des Hauses befindlichen Brunnen zuwandte, ließ sie einen Schrei aus und ließ das Kind fast hart zu Boden fallen. Auf der verrosteten Holzfassung, deren Erneuerung nur durch einen Zufall verzögert war, sah ihr Jugendgenosse, ihr Kindsgepiet, die Höhe über der Tiefe hängend den Kopf wie schon zum Sturze vorgebeugt.

Im selben Augenblick aber war sie auch schon dort. Hatte von hinten mit beiden Armen ihn umschlungen und zog ihn rückwärts, daß die morschen Bretter krachten unter ihm zusammenbrachen. Sie war in die Arme gesunken, während der blasse, fast weißlich häßliche Kopf des jungen Menschen noch an ihrer Brust ruhte.

Dieser rührte sich nicht; es war, als wenn er sich allem, was ihm geschähe, willenlos überlassen habe. Auch als das Mädchen endlich aufsprang, blieb er, ohne sie anzusehen mit aufgestülpten Kopfe zwischen den Brettertrümmern liegen. Sie aber sah ihn fast zornig an, indem ein paar Tränen in ihre blauen Augen sprangen. „Was fehlt dir, Heinrich? Warum hast du mich so erschreckt? Weshalb bist du nicht auf deinem Kontor beim Senator?“

Da sprach er sich das seidene Haar aus der Stirn und sah sie müde an. „Zum Senator geh' ich nicht wieder,“ sagte er.

„Nicht wieder zum Senator?“

„Nein; denn ich habe nur noch zwei Wege: entweder hier in den Brunnen oder zum Wästel ins Gefängnis.“

„Was sprichst du für dummes Zeug! Steh auf Heinrich! Bist du toll geworden?“

Er stand gehorsam auf und ließ sich von ihr nach der kleinen Bank unter dem Birnbaum führen. — Über da war noch das Kind, das mit verwunderten Augen dem allen zugehört hatte. „Armes Ding,“ sagte Anna,

„hast noch immer keine Birne! Da, kauf' dir heute einen Dreilingstuchen!“

Und als das Kind mit der geschenkten Münze davon gelaufen war, stand das Mädchen wieder vor dem jungen Menschen.

„Nun sprich!“ sagte sie, während sie sich den blauen Pfanden Kopf wieder aufsetzte, der ihr vorhin in den Händen gekürzt war. „Sprich rasch, bevor dein Vater wieder da ist!“

Mit fliegendem Atem harrete sie einer Antwort, aber er schweigend und sah zur Erde.

„Du kommst am Sonnabend von Hensburg!“ sagte sie dann. „Du hattest Geld für den Senator einzufastieren!“

Er nickte, ohne aufzublicken.

„Sag's mir! Ja kann's schon denken — du bist etmal wieder leichsinnig gewesen; du hast das Geld immerherlegen lassen, im Gastzimmer oder sonstwo! Nun nun ist's fort!“

„Da es ist fort,“ sagte er.

„Aber wieviel ist es noch wiedergelkommen? Warum sprichst du nicht? So erzähl' doch!“

„Nein, Anna — es ist nicht so verloren, wie du es meinst. Wir waren lustig; es wurde gespielt —“

„Werpst, Heinrich? Werpst?“ Die Tränen stürzten ihr aus den Augen, und sie warf sich an seine Brust, mit beiden Armen seinen Hals umschlingend. Oben in der Krone des Baumes rauschte ein fester Wind in den Blättern; sonst war nichts hörbar als dann und wann ein tiefes Schluchzen des Mädchens, in dem alle kurz zuvor entwickelte Tätigkeit gedrohen schien. Aber der junge Mensch selbst suchte sie fest mit sanfter Abwehr zu entfernen; die schöne Gestalt, die das Mittel ihm an die Brust geworfen hatte, schien ihn zu erdrücken. „Weine nicht so,“ sagte er; „ich kann dich nicht ertragen.“

**Wohlfühlmarken der Reichspost.** In einigen Tagen bringt die Reichspost Wohlfühlmarken zugunsten der Nothilfe heraus. Die Werte von 5, 10, 20 und 50 Pfennig der Rentenpennigausgabe erhalten einen entsprechenden schwarzen Aufdruck und werden zum 4fachen Betrage des Nennwertes abgegeben, so daß also 4 des Kaufpreises der Nothilfe zuzuführen.

**Winterportgeräte auf der Eisenbahn.** Die Eisenbahn bildet eine unverbindliche Zulassung kostenfreien Transportes von Winterportgeräten in der 3. und 4. Klasse der Eil- und Personenzüge, falls „eine Verladung der Reisenden und eine Verschmutzung der Wagenkörper“ ausgeschlossen ist. Im anderen Falle sind Schneeschuhe und Kodelschlitten als Reisegepäck gegen die übliche Frachtabgabe aufzugeben. In Personenzügen der Schnellzüge und in der 1. und 2. Klasse der Eil- und Personenzüge dürfen Winterportgeräte nicht mitgenommen werden. Außerdem ist die Eisenbahnverwaltung berechtigt, auch bei einzelnen Eilzügen die Ausnahme in die 3. Klasse auszuschließen.

**Regelverkehr Schneeberg—Aue betreffend.** Am Montag, den 24. und 31. Dezember 1923 fallen die Züge 2031a (ab Schneeberg 0.07, an Aue 0.40 vorm.) und 2002a (ab Aue 4.44, an Schneeberg 5.18 nachm.) zwischen Aue und Schneeberg-Nord, aus.

**Eisenbahnstationen.** Sonnabend, den 22. Dezember 1923 geht die Eisenbahnstationenklasse Aue Ruhegehalt und Witwengehalt aus.

**Zusatzrentenzahlung.** Die Zusatzzahlung der Zusatzrenten für das 3. Drittel des Monats Dezember 1923 erfolgt am Sonnabend, den 22. Dezember 1923 im Stadthaus, Zimmer Nr. 21, vorm. 8—1 Uhr an die in Frage kommenden Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

**Warnung.** W.B. meldet: Nach Pfaffdörfer Meldungen treffen dort zahlreiche mittellose Familien ein. Es heißt, daß weitere Familien nachfolgen sollen. Deutsche, die ohne Mittel und ohne Stellung nach Portugal reisen, seien sich der größten Enttäuschungen aus. Es sei daher ausdrücklich davor gewarnt.

**Forderungen des Reichsbundes deutscher Technik, Landesgruppe Sachsen.** Der Reichsbund deutscher Technik, Ortsgruppe Dresden und Landesgruppe Sachsen, hat Kenntnis davon erhalten, daß im sächsischen Volksbildungsministerium die Absicht besteht, die höheren Schulen des Freistaates Sachsen derzeitig abzubauen, daß sich an die ungeladene achtjährige Volkshochschule lediglich eine vierjährige höhere Schule anschließt. Wenn dieser Plan Wirklichkeit würde, wäre es sofort in Sachsen unmöglich, der studierenden Jugend diejenige vertiefte geistige Bildung zu sichern, die für den Eintritt in die geübte mittlere Fachlaufbahn sowohl, wie für das Hochschulstudium erforderlich ist. Die wissenschaftliche und technische Leistung, das letzte Gut, das Deutschland geblieben ist, darf nicht erschüttert werden. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands steht und fällt mit der gründlichen geistigen Schulung der in Technik und Wissenschaft führenden geistigen Kräfte. In allen deutschen Staaten müssen bei einer Umgestaltung des Schulwesens vorwiegend Erwägungen sowohl, wie einseitige Standeswünsche von Lehrervergännerungen beiseite bleiben. Maßgebendes Ziel muß sein, alle Tüchtigen, ohne Rücksicht auf Stand und wirtschaftliche Lage und ohne Zeitverlust zu der ihren Anlagen entsprechenden Höchstbildung zu fördern und in ihnen den Willen lebendig und wirksam zu machen, ihre ganze Persönlichkeit für das Beste des deutschen Vaterlandes einzusetzen. Der Reichsbund deutscher Technik, Ortsgruppe Dresden und Landesgruppe Sachsen, fordert daher: 1. Daß unbeschadet der Regel der vierjährigen Grundschuldauer das Durchlaufen der Grundschule in drei Jahren, sei es durch Überbrückung einer Klasse, sei es durch Sonderförderung für die Bestbegabten, in allen Ländern ermöglicht wird. 2. Daß der neunjährige Lehrgang, der zur Hochschulreife führenden höheren Schule und der sechsjährigen Lehrgang der Realschule in allen Ländern unverkürzt erhalten bleibt. 3. Daß das Schwergewicht der Schul- und Erziehungsarbeit nicht sowohl auf das bloße Aneignen von Vermögen, als vielmehr auf geistige Kraft- und Willensbildung zu legen ist. 4. Daß keinerlei Maßnahmen unternommen werden, durch welche in Zukunft für die Studierenden der Übergang von einer deutschen Hochschule auf die andere, oder die Freizügigkeit von Hochschulabsolventen innerhalb des Deutschen Reiches erschwert oder gar verhindert werden könnte.

Es hätte dieser Mahnung nicht bedurft; Anna war schon von selber aufgewachener und suchte eilig ihre Tränen abzutrocknen. „Heinrich,“ rief sie, „es ist schrecklich, daß du es getan hast; aber ich habe Geld, ich habe dir!“

„Du, Anna?“

„Ja, ich! Ich bin ja mündig geworden. Sag' nur, wieviel du dem Senator abzuliefern hast.“

„Es ist viel,“ sagte er höhnend.

„Wieviel denn? Sprich nur rasch!“

Er nannte eine nicht eben kleine Summe.

„Nicht mehr? Gott sei Dank! Aber“ — und sie stockte, als sei ein neues Hindernis ihr aufgetreten — „du hättest heute auf deinem Konto sein sollen. Wenn er fragt, was willst du dem Senator sagen?“

Heinrich schüttelte sich die weichen Locken von der Stirn, und schon flog wieder der alte Ausbruch sorglosen Selbstsinns über sein Gesicht. „Dem Senator Anna? O, der wird nicht fragen; und wenn auch, das laß meine Sorge sein.“

Sie blinnte ihn ernsthaft an. „Siehst du; nun müssen wir auch schon lägen!“

„Nur ich, Anna; und ich versprech' es dir, nicht mehr, als nötig ist. Und das Geld —“

„Ja, das Geld!“

„Ich versta' es dir, ich stelle dir einen Schuldschein aus; du sollst keinen Schaden bei mir leiden.“

„Sprich nicht wieder so dummes Zeug, Heinrich. Wesh' hier im Garten; wenn dein Vater kommt, werb' ich ihn um die Summe bitten.“

Er wollte etwas erwidern; aber sie war schon ins Haus zurückgegangen. Behutlich schlich sie an der Küche vorbei, wo heute Fräulein für sie am Herd hantierte, und dann hinauf in ihre Kammer, um sich zunächst die berweinten Augen klar zu waschen.

(Fortsetzung folgt.)

**Weihnachtsfeier der christlichen Eisenvereiner.** Die christliche Eisenvereiner des Kuerstales hielt, wie in den letzten Jahren so auch heuer am vergangenen Dienstagabend im Saale des Bürgergartens ihre diesjährige Weihnachtsfeier unter recht zahlreicher Beteiligung ihrer Mitglieder, Freunde und Gönner ab. Die glanzvoll verlaufene Feier gab das vorzüglich gezielte Theaterstück „Weihnachten im Erzgebirge“ das rechte Gepräge. Auch die vom Posaorchor zu Gehör gebrachten weihnachtlichen Musikstücke und allgemeinen Weihnachtstänze trugen zur Verschönerung des Abends bei. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die von Pfarre Dehnbühl gehaltenen Festansprache. Dem rührigen Vorsitzenden Stadtrat Edwin Rohrer gebührt der Dank dafür, daß dieser Abend zu Stande kam. Zur Debung der weihnachtlichen Stimmung trugen wesentlich die von den Besuchern mitgebrachten Weihnachtsgeschenke, Leuchter und Verguldungen in ihrem Lichterglanze bei.

**Vom Museumsverein.** Nachdem die „Afko“, die gutbesuchte Ausstellung des Museumsvereins Aue, ihre Werten geschlossen hat, tagte am 10. Dezember eine Versammlung der beteiligten Künstler und Kunstgewerbetler und beschloß, im nächsten Spätherbst wiederum eine solche Ausstellung zu veranstalten, auf der dann allerlei besser gemacht werden soll als diesmal beim ersten Anfang. Vor allem sollen noch einige bisher nicht vertretene Künstler unseres Bezirkes Schwarzenberg herangezogen werden. Mit diesem Beschluß ist also innerhalb des Museumsvereins Aue eine Sondergruppe der Künstler und Kunstgewerbetler entstanden, die mit Tatkraft das eine der Ziele des Museumsvereins verfolgen will: Förderung von Kunst und Kunstgewerbe in unserer Heimat. In diesem Sinne sind dem Museumsverein auch schon Kunstwerke als Geschenke der Künstler überreicht worden, jedoch neben der Natur- und Altertumsammlung steht der Grundstock zu einer Kunstsammlung gelegt werden kann.

**Vom Volkstanzkreis.** Welches frische Leben in der Volkshochschule Aue herrscht, zeigte der Abschlußabend des Volkstanzkreises am Mittwoch in der Oberrealschule. Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft führten ein mittelalterliches Spielspiel auf, ein köstlich vorstämmliches, natives Werk, voll tiefer Weihnachtstreu und deutscher Innigkeit. Die ganze Darbietung erinnerte in mancher Hinsicht an die Gasse der Volkstänze. Der Leiter des Lehrganges, Verlagbuchhändler Thob, gab in kurzer Ansprache einen Rückblick auf die gemeinsame Arbeit seit Ostern. Dann folgten deutsche Volkstänze. Nach Weihnachten wird der Kursus, der besonders von der Jugend besucht wird, fortgesetzt.

**Metze in der Friedenskirche.** Auch in der Friedenskirche beginnt der Weihnachtsgottesdienst um 8 Uhr; Instrumentalmusik ist vorgesehen, Gesangbücher sind mitzubringen. Eintritt ist frei, doch sind freiwillige Gaben erbeten. Die Christvesper am heiligen Abend findet um 8 Uhr nachm. statt. Die Kirche ist geheizt.

**Die Reichsbank, sowie auch alle anderen Banken am heiligen Abend geschlossen.** Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Auer Banken am 24. Dezember ihre Diensträume geschlossen halten.

**Röhrenbroda. Fabrikfabrik.** Nach Herand wurden der Eisenstraße drangen Spinnweben durch ein Fenster in die Lagerräume eines Fabrikgrundstücks und entwendeten 1800 Spiralspinnweben, 2 bis 10 Millimeter Durchmesser und gegen 100 Spiralspinnweben, 10 bis 34 Millimeter Durchmesser, 40 Stöße Gewinndrehwerk, ferner Rollen, Hammer, Schraubenzieher und andere Materialien, sowie ein Fahrrad und einen Treibriemen.

**Dresden. Ein Heim für Kinder deutscher Kriegsgefangener.** Die durch ihre Hilfsarbeit an den deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien rühmlichst bekannte Schwedbin Fräulein Brandström wollte im hiesigen Diakonissenhaus, um sich Schwestern für ein Heim zu erhitzen, das den Kindern deutscher, in der Kriegsgefangenschaft verstorbenen oder aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrter Soldaten gewidmet sein soll. Dieses Kinderheim, für welches Fräulein Brandström eine freigewordene Anstalt in der Nähe von Wittweide gewonnen hat und das auf 250 Plätze berechnet ist, wird Anfang nächsten Jahres eröffnet werden.

**Döbeln. Moralischer Tiefstand.** Wie tief Moral und Kultur in unserer Zeit bereits gesunken ist, zeigt folgender Vorfall: Seit einigen Tagen vermisst man im hiesigen Rathaus die an der Wand angebracht gewesenen großen Holzgerichte des früheren Bürgermeisters Thiele und des früheren Stadtverordnetenvorstehers Johnson. Die beiden Gemälde sind abgenommen worden, weil von dem einen ein Stück der breiten Goldleiste abgerissen worden ist.

**Jena. Zug der Zeit.** Im Mühlthal bei Jena steht ein hoher Gedenkstein, der daran erinnern soll, daß Goethe dort den Straßenbau ausführen ließ. Jetzt mußte das weltliche Staatswappen und die Jahreszahl 1823 von dem Stein entfernt werden.

### Preisprüfungen betreffend.

Auf Grund der nachhaltigen Vorstellungen vom Landesauschuss des sächsischen Handwerks und vor allem Tünagen infolge der auf der Protestversammlung in Dresden am 2. Dezember vorgebrachten ernstlichen Beschwerden gegen die ungerichtete Behandlung von Handwerk und Kleinhandel durch die Preisprüfungsstellen hat das sächsische Wirtschaftsministerium eine Umstellung an die Landespreisprüfungsstellen erwachen lassen, die auch dem sächsischen Justizministerium zur Beachtung zugestellt wurde. In diesem Erlass heißt es u. a. wie folgt: „Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist eine nachdrückliche und energische Bekämpfung aller übermäßigen Preisforderungen für Gegenstände des täglichen Bedarfs im Interesse der Volksgesamtheit unerlässlich; denn zweifellos ist der Preisstand zahlreicher und gerade der unentbehrlichsten Bedarfsgegenstände höher, als der allgemeinen Wirtschaftslage entspricht. Die Schuld hieran trifft jedoch im allgemeinen nicht das Handwerk und den Kleinhandel; beide Berufsstände sind vielmehr — von unrahmlichen Ausnahmefällen abgesehen — durchaus ehrbar und sich ihrer stiftlichen Berufspflichten gegenüber dem Volksganzen bewußt, selbst ein Opfer übermäßiger Preisforderungen und unangemessener Schad-

lungsbedingungen ihrer Lieferanten, und an niedrigeren der Kaufkraft der großen Masse des Bevölkerung und wachsenden Preisen interessiert; denn ihre eigene, trotz zum Teil äußerst ungünstigen wirtschaftlichen Lage kann nur durch Steigerung des Umsatzes, nicht aber durch Erhöhung des Gewinnes an der einzelnen Ware verbessert werden. Es ist darum verkehrt, wenn die mit der Verfolgung von Preisstreitigkeiten betrauten Stellen sich auf ein scharfes Vorgehen gegen Einzelhandel und Handwerk beschränken, das allerdings die wertigste Wäre macht, nach der unzutreffenden Meinung vieler, selbst beherrschender Stellen keine besondere Sachkunde erfordert und von der großen Menge, der die wirklichen wirtschaftlichen Zusammenhänge unbekannt sind, als Zeichen besonderer Fürsorge und Umsicht der betreffenden Stelle aufgefaßt wird, während im Gegenteil diese Art der Handhabung der Wucherbestimmungen nur lähmend wirkt, denn die bei ihr unvermeidbaren Beharrlichkeiten rufen im Einzelhandel und Handwerk nur Irritation und Mißtrauen gegen die betreffenden Dienststellen hervor und erschweren es ihnen, bei diesen Gewerbestellen für die Hauptfache, die Preisprüfung bei Erzeugern und Großhandel, verständnisvolle Mitarbeit zu finden, die für eine sachgemäße Durchführung der Preisüberwachungsbestimmungen unerlässlich ist.

Die Landespreisprüfungsstelle wolle die örtlichen Preisprüfungsstellen sofort mit entsprechender Anweisung versehen und hierbei besonders darauf hinweisen, daß auf jeden Fall bei allen Maßnahmen Sachverständige zuzuziehen sind, die in dem betreffenden Berufszweig auch wirklich Sachkunde besitzen. Im übrigen wird ein enges Zusammenarbeiten mit den Vereinigungen der einzelnen Gewerbestellen für die Preisprüfung nur von Vorteil sein, da sie auf ihre Mitglieder Einfluß zu besitzen pflegen und Maßnahmen, die von ihnen ausgehen oder von ihrer Autorität getragen werden, am besten leichter Beachtung finden.“

### Vermischtes.

**Die eingemalte Kritik.** In ein großes Münchner Rahmenstück kam kurz vor der Eröffnung der Glasbaust-Ausstellung ein Maler und hat um schnellste Einrahmung eines Bildes. Das Bild war aber sehr übermodern, eines von denen, die alles und auch gar nichts vorstellen können. Das Bild wurde gerahmt, aber kurz bevor der Meister den Rahmen zum Aufhängen in das Bild einschlagen wollte, wurde er plötzlich abgerufen. So befahl er seinem Lehrling, das Werk zu vollenden und es dann sofort abzuliefern. Der Lehrling kam aber dabei in tausend Räte. Er sah sich das Bild von allen Seiten an, aber immer stand's auf dem Kopf. Es mußte unbedingt eine fünfte Seite haben, aber auch das Um-drehen mußte nichts, denn die Rückseite war leer. Da kam ihm ein rettender Gedanke. Er stellte das Bild auf die eine Seite und schlug einen Rahmen hinein. Dann stellte er es auf die andere Seite und schlug abermals einen Rahmen hinein. Und dann machte er es mit den beiden Schmalseiten genau so. Eine Seite mußte ja die richtige sein! Als das Bild in die Zure kam, gab's ein schallendes Gelächter: eine so treffende Kritik konnte auch der beste Kritiker nicht schreiben. Der Rahmenlehrling hatte den Nagel auf den Kopf getroffen.

**Rubens Stein der Weisen.** Als Rubens in London war, suchte ihn der Alchimist Brendel dazu zu überreden, sich auf die Goldmacherei einzulassen und ihm ein Laboratorium zur Verfügung zu stellen; er versprach ihm große Reichümer, wenn sie sich zusammen tun würden. Rubens aber sagte, nachdem er sich alles ruhig angehört hatte: „Vielen Dank für ihre Vorschläge, mein Herr. Aber sie kommen zu spät. Vor 20 Jahren hätte ich Ihnen vielleicht Gehör geschenkt, aber seitdem habe ich mit meinem Pinsel den wahren Stein der Weisen für mich entdeckt.“

### Nur drei Zeilen.

Der Reichsrat stimmte in seiner gestrigen Sitzung dem Gesetzentwurf zur Milderung des Wahlgesetzes zu.

Blättermeldungen aus Wien zufolge hat die Plenarsitzung der Wiener Börsenkommission neuerdings 20 Millionen Kronen für die Deutschensalze beschieden.

Das Generalkonmissariat für Elsaß-Lothringen soll nach einem Vorschlag der französischen Regierung abgeschafft werden; in Straßburg ist heute eine Tagung zusammengetreten, die diese Frage beraten wird.

Die offizielle Eröffnung des englischen Parlaments wird voraussichtlich am 15. Januar stattfinden. Die Frage der Kabinettsbildung ist noch nicht geklärt.

Henry Ford, der amerikanische Automobilkönig, hat seine Präsidentschaftskandidatur für 1924 zurückgezogen, da er gegen Coolidge nicht kandidieren wollte.

### Letzte Drahtnachrichten.

**Kabinettskrise auch in Württemberg?**

Stuttgart, 20. Dezember. In der heutigen Sitzung des Landtages erklärte Staatspräsident Dieder, eine Erweiterung der Regierung nach rechts oder links würde seinen Beifall finden. Sollte das Ermächtigungsgesetz nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit finden, so werde die Regierung ihren Rücktritt erklären, andernfalls glaube sie einen Rückhalt für die Fortführung ihrer Geschäfte zu haben.

**Wunsch um Hilfe für Deutschland.**

Reyholt, 20. Dezember. (Durch Rundfunk.) Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Arbeiterführer Samuel Gompers einen Aufruf an die Mitglieder des amerikanischen Arbeiterbundes gerichtet, in welchem er sie auffordert, an dem Hilfswort für Deutschland mitzuwirken und die deutschen Arbeiterorganisationen zu unterstützen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Emil Selmann, Verlagsdirektor, Postfach 100, Leipzig.

Nachstehende... über das Ver... zu ergängen... gelbsten Orga... und Ein... male.“ (923.)  
demokraten... der W.S... Kommunisten... Forderungen... und Strafen... erbt, was an... ernehmer scheren... Die Kon... gen auf Neu... ersehnter der... kisten klar zu... die proletarische... dem Schel... gfraktion der... sion von drei... stellen, unter... möglich sein... gfraktion der... und trat für... stehen bisher...  
ach Paragra... über 1923 die... unterstützung... mungen, die... mehrfach auch... auf grund... auf un... ungen zurück... u. a. gefordert... Rahmen des... und Wirtsch... unter vollstän... führt, und das... der Berufs... hwerfendste... Beachtung... erwaltungsaus... weisen. Wem... Gernung Gewer... liche Zustan... schäufnisse des... schlich ist all... gemeinlichem... des Wortes an... lassen, daß be... Einzelner ein... geteilt erhält... ung berecht... enfalls durch... A Arbeitnach... besonders be... zucht und mit... mittelung, als... genannten Kr... kiffe gegen die... t zugewandert...  
sächsische W... erlassen: die Not der... die W... ähnllicher Kr... ungen werden...  
die. heut...  
Wänge der... der vor den...  
den blauen...  
dahn in der...  
dem Vater...  
er Antwort...  
burg!“ sagt...  
mator einzu...  
— du bist...  
das. Welt...  
nswal! Und...  
ubekommen...  
ren, wie du...  
estellt —“  
die Frauen...  
ich an sein...  
hängend.  
te ein Teffe...  
bar als dam...  
ens, in der...  
schen Scher...  
ste leht mit...  
hast, die da...  
hien ihn...  
ch kann da...

### Neues aus aller Welt.

Den Rekord in Ehescheidungen hat auch in den Jahren 1920 und 1921 die Stadt Berlin erreicht. Auf 100 000 Einwohner kamen in der Reichshauptstadt im Jahre 1921 204,9 Ehescheidungen, während in ganz Preußen, wie aus einer Aufstellung im statistischen Jahrbuch für 1923 hervorgeht, auf 100 000 Einwohner 88,9 bzw. 88,1 Ehescheidungen kamen. — In Sachsen betragen diese Zahlen 88,8 bzw. 77, in Bayern hingegen nur 50 bzw. 45,6. Nicht allzuweit hinter Berlin bleibt Hamburg mit 228,0 bzw. 189,9 Ehescheidungen zurück. Von den preussischen Provinzen stehen Brandenburg mit 97,5 bzw. 89,8 und Schleswig-Holstein mit 89,2 bzw. 108,9 oben an.

**Verfälschte Banknotenfälscher.** Seit einigen Tagen waren in Berlin 20-Millionenscheine im Umlauf, die aus 20-Millionenscheinen der Reichsbank durch Umwandlung des W in ein B sehr geschickt hergestellt waren. Nunmehr ist es der Polizei gelungen, dreizehn Personen festzunehmen, die die gefälschten Scheine vertrieben. Die bei ihnen vorgefundenen Scheine sind beschlagnahmt worden. Der Verstand ist man auf der Spur.

**Familienwitz und Feuerweh.** Eine aufregende Szene spielte sich in Reuthtin ab. Dort wohnt die Witwe D. bei der sich auch ihre von ihrem Manne getrennt lebende Tochter aufhält. In den Abendstunden erschien der Schwiegersohn der Frau D., der Gartenbauinspektor Erich Brühns und drang in die Wohnung ein, wo seine Frau mit ihrem Kinde allein war. Als es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Eheleuten kam, flüchtete Frau D. und rief Schuttpolizei herbei. Als mehrere Beamte kamen, drohte D. das Kind aus dem Fenster zu werfen, falls man in die verschlossene Wohnung einzudringen versuche. Man alarmierte schließlich die Feuerwehr, die auf dem Dache ein Sprungtuch ausspannte und von der Straßenseite her eine Leiter an das Haus stellte. Andere Feuerwehrleute zertrümmerten die Türöffnung, so daß D. festgenommen und in Schutzhaft gebracht werden konnte. Er war stark angetrunken.

**Mislandiebstahl auf Bahnhof Berlin-Lichtenberg.** Auf dem Rangierbahnhof Lichtenberg-Friedrichshelde ist ein Rasenliebsteinstahl aufgedeckt worden, wie er selbst in der langen Chronik der Eisenbahnliebstahl einzig dastehen dürfte. Seit zwei Jahren stellen sich immer erneut Verabungen der Rüge heraus, die den Rangierbahnhof Lichtenberg-Friedrichshelde durchlöcheren. In der Nacht vom vergangenen Mittwoch zum Donnerstag entdeckte man drei Beamte, die eine Kiste mit Salami aus einem erbrochenen Waggon holten und auf einen danebenstehenden Kistwagen warfen. Die drei Männer wurden überrascht und verhaftet. Die Untersuchung nahm binnen wenigen Stunden einen immer größeren Umfang an, so daß bis jetzt die Verhaftung von 40 Beamten erfolgt ist, der noch weitere Verhaftungen folgen werden. Unter den Festgenommenen befinden sich der Aufsichtsbeamte Eisenbahndirektor Dittbrand, dann Rangiermeister Blasing mit allen ihm

untergebenen Deuten bis zum letzten Zugabfertiger. Auch einige Wachbeamte waren durch Bestechungen veranlaßt worden, dem Leiden ihrer Kollegen gegenüber die Augen zu schließen. Seit zwei Jahren hatte man planmäßig die meisten Kängorns beraubt, das gestohlene Gut verteilt und verschleppt. Die Waren hatte man in Dremserbüchsen, in den Unterabteilungen der Nachtbelagungen oder auch in leerstehenden Wagen untergebracht. 28 Leute sind bereits dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

**Raubmord in München.** In München wurde an dem Goldwarenhändler Stephan Haas ein Raubmord verübt. Die Täter, die 20-jährigen Robellschreiner Hummel und Jehl wurden rasch ermittelt und verhaftet. Die Beute konnte ihnen abgenommen werden. Ein Sportkamerad des Jehl hatte Verdacht geschöpft und den Vater, einen geschätzten Robellschreinermeister, davon verständigt. Der Vater erstattete nach schwerstem Entschlusse selbst die Anzeige. Die beiden Mörder waren nicht in Rot und befanden sich beide in Arbeit.

**Wertvoller Tod.** In Neuyork wurde kürzlich ein Rabbiner der jüdischen Gemeinde Martin A. Meier in seinem Studierzimmer vor einem geöffneten Buche tot aufgefunden. Man nahm zunächst an, daß er einem Herzschlag erlegen sei, aber die ärztliche Untersuchung ergab, daß das Herz durchaus gesund gewesen war, und daß auch andere organische Störungen nicht vorlagen. Daß der Tod nicht auf eine natürliche Weise zurückgeführt werden konnte, war dadurch klar erwiesen. Von einem Mord konnte aber auch nicht gut die Rede sein, da die Leiche keine Verletzung zeigte und im übrigen auch von einem Feinde, dessen Opfer etwa der Rabbiner geworden sein konnte, nichts bekannt war. Bei der Leichensschau aber fand man Spuren von Hyantali, was nur dazu beitrug, den Fall noch geheimnisvoller zu machen. Da fand ein Polizist, der die Untersuchungskommission begleitete, auf einem Nebentische das schöne Exemplar eines seltenen schwarzen Schmetterlings. Man stellte bald fest, daß der Kote am Morgen des Tages seines Ablebens diesen seltenen Schmetterling aus Mexiko erhalten hatte, und, da er ein eifriger Sammler war, so war er gleich daran gegangen, das wertvolle Exemplar aufzuspannen. Nun werden die Schmetterlinge, um sie gegen Verwesung zu schützen, mit Hyantali präpariert, und damit war auch der Schlüssel zu der Erklärung des Rätsels gegeben. Der Rabbiner hatte, nachdem er den Schmetterling aufgespannt hatte, nach einem Buche gegriffen und darin gelesen. Beim Umblättern der Seiten hatte er dann den Finger angefeuchtet und damit Teilchen des Hyantali in den Mund gebracht. Das hatte eine Lähmung des Nervensystems zur Folge, die den Unglücklichen hinderte, um Hilfe zu rufen.

**Bomben gegen Kommunisten in Rußland.** In dem städt. Achen Versammlungshause in Jwanowo-Wosnessensk wurde während eines von der kommunistischen Partei veranstalteten Konzertes auf die Bühne, auf der sich die Leiter der Veranstaltung befanden, eine Bombe geworfen. Es entstand eine furchtbare Panik, doch wurde niemand schwer verletzt. Zur

gleichen Zeit erfolgte eine zweite Bombenexplosion in dem Klubräumen des Jugendverbandes.

**Neues schweres Erdbeben in Columbia.** Aus Bogota (Columbia) wird gemeldet, daß sich dort ein neues Erdbeben ereignete, das die Städte Cumbal, Carlosana und Sibana völlig vom Erdboden verschwinden ließ. Die Erderschütterungen dauern fort. Nach weiteren Meldungen können die Toten nicht begraben werden, die Vermundeten werden auf den Feldern aus Mangel an ärztlicher Hilfe.

### Kirchennachrichten.

**St. Martin.**

4. Advent: 9 Hauptgottesdienst: 8.

**Friedenskirche.**

4. Advent: 9 Uhr: Hauptg., B. u. A., Kinderchor, nachm. 6 Uhr: Besprechung des Frauenvereins. 24. Dez.: nachm. 6 Uhr: Christvesper.

1. Weihnachtseiertag: 5 Uhr: Christmette. Weisagung mit Orchester. Gesangbuch mitbringen. 9 Uhr: Optg., Kinderchor. 4 Uhr: Kirchengottesdienst. — 2. Weihnachtseiertag: 9 Uhr: Optg., Kinderchor, Weihnachtsspiel. Die Kirche ist geheizt. Kollekte.

**Neuapostolische Gemeinde aus Kapelle Schöneberg. Str. 74.**

Sonntag, den 23. 12. 1923: 9 Uhr vorm. Hauptgottesdienst mit Hg. Verlesung. 5 Uhr nachm. Weihnachtseier. Dienstag (1. Feiertag), 25. 12. 1923: 9 Uhr vorm. Hauptgottesdienst, 11 Uhr vorm. Kirchengottesdienst.

Mittwoch (2. Feiertag), 26. 12. 1923: 9 Uhr vorm. Gottesdienst. Freunde und Gönner sind herzgl. willkommen.

Passendes Weihnachtsgeschenk!

## Sonntag ist's

von P. Ater.

### Eine Kleinstadt - Idylle

oder: Wie Adolf und Helene einen schönen Sonntag verlebten: : : :

Das ist ein fröhliches Buch in heiteren Versen, eine rechte Oase des Frohsinns in trüber Zeit. . . .

Aus dem Inhalt: Der Sonntag hebt an und macht sich rasch beliebt. — Der Spaziergang. — Im Kaffee Wimmer. — Direktor Hampels Tellaufführung. — Heimkehr und Gute Nacht.

Preis 2 Mark.

Zu haben in allen Buchhandlungen u. beim Verlag: Auer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H.

**Ski** Skihölzer Skistöcke Rodelschlitten in großer Auswahl zu billigen Preisen **Carl Schmalfuß.** Skibindungen Skiwachs Kinderschlitten

Nach Gottes Ratschluß verschied nach kurzem Kranksein mein lieber guter Mann  
**Fleischermeister Ernst Ferdinand Hempel**  
Kriegsteilnehmer 1870/71  
In tiefer Trauer **Frau Auguste Hempel** nebst übrigen Hinterbliebenen.  
AUE, Planen, Dresden, Potsdam und Schneeberg, den 20. Dezember 1923.  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 23. Dezember, vom Trauerhause, Albertstraße 12, um 1/4 1 Uhr mittags statt.

Unsere Kassen und Büros bleiben am **Weihnachts-Heiligabend,** Montag, den 24. Dezember, geschlossen.  
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Zweigstelle Aue.  
Commerz- u. Privatbank, Aktiengesellschaft, Filiale Aue.  
Deutsche Bank, Zweigstelle Aue.  
Vereins-Bank Aue i. E., e. G. m. b. H., Aue.

Zum bevorstehenden Weihnachts-Feste empfehle als passende Geschenke:  
**Taschen- und Armband-Uhren,** moderne Stand-, Wanduhren u. Wecker, Schmucktaschen in Gold, Silber, Double.  
Ferner **Geschenk-Artikel** in Kristall, Messing u. Nickel.  
**Tafelbestecke, goldene Trauringe** in großer, reichhaltiger Auswahl.  
**Carl Janschek, Uhrmacher,** Wettiner-Str. 17.  
**Bedeutend ermäßigte Preise.**

**Pianos!**  
Reparaturen, Stimmungen, sowie Aufpolieren an Flügel-, Pianos nimmt Aufträge entgegen  
**Paul Friedrich, Klavierbauer** Johanngeorgenstadt, Schwarzberger Str. 31 J.  
Gleichzeitig habe ich zum Verkauf ein modernes schwarzes frisch aufgearbeitetes Tafelklavier.

Antikb. Herr sucht sofort möbl. Zimmer.  
Angebote unter A. 2. 3689 an das Auer Tagebl. erbeten.

**Robfelle u. Häute** kauft zu realen Preisen  
**Kurt Junghans,** Reibhlg., Ernst-Papst-Str. 19. (Auer Tageblatt) Fernruf 842.

Am 7. Dezember ein brauner Stoffgürtel verloren gegangen. Geg. gute Belohn. abzug. im Auer Tagebl.

**Violine, Mandoline, Laute zu verkaufen.** Bodauer Gasse 16, I.

**Kleine Anzeigen** haben guten Erfolg im Auer Tageblatt.

Für das Fest empfiehlt **Hermann Dietrich,** Aue Fernruf 796

**Frühstückskörbe** Port. Oelsardinen, ger. Flußaale, Lachs in Dos., Bacb. Sardellen, reiche Auswahl i. Fischmarinaden Spargel in Dosen, Wurst erster Fabriken, Schalottenwurst usw.

**Tauschermühle bei Aue**  
Am 24. Dezember von 8 Uhr ab: **Dämmerchoppen. — Anstich von Bockbier. — Künstler-Trio.** 1. und 2. Feiertag: **feiner Ball**

Eine große Auswahl **echte Nürnberger Metzger-Lebkuchen** frisch eingetroffen.  
**Richard Jurrans** Schokoladengeschäft Aue Schneeberger Str. 23.

Alle Sorten **Lederhandschuhe** i. Herren u. Damen mit und ohne Futter empfiehlt **Handschuhfabrikation** Aue i. Erggeb. **G. Schindler, Wettiner-Str. 18.**

**Fell-Eintauf** wie Ziegen, Kanin, Hasen, sowie alle anderen Fell-Arten kauft zu den höchsten Tagespreisen **Paul Fider, Aue i. E., Ernst-Papststr. 4.** — Fernruf 687. —

**Nähmaschinen und Bringmaschinen** empfiehlt zu billigen Preisen **Süße, Aue, Wettinerstraße 26.** (Bequeme Zahlungsweise.)

**Damenkleiderstoffe** in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da direkt ab Fabrik **Emil Schulze, Aue, Schneeberger Straße 11, 1** (Nähe Markt), Einzelgeschäft. Billige Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

**Erdal** Erdal 1, 2, 3 Zaubert den Glanz herbei, Macht alle Schuhe neu ist billig dabei.  
**Werner & Marts A.-G. Mainz**